



Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Landesverband Brandenburg e.V.

Deutsche Justiz-Gewerkschaft – 15806 Zossen, Marktplatz 9

27. April 2010

Erste Aktion

zur Nachfolgeregelung Brandenburgisches Sonderzahlungsgesetz 2007-2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie Euch bekannt ist, hat Innenminister Speer dafür gesorgt, dass das Kabinett mehrheitlich dem Entwurf zum Sonderzahlungsgesetz (Weihnachtsgeld für Beamte) nicht zugestimmt hat. Die Fraktion DIE LINKE und einige SPD Abgeordnete haben erkennen lassen, dass sie sich mit der Handlungsweise der Mehrheit im Kabinett nicht einverstanden erklären.

Umso wichtiger ist es deshalb, dass nun **alle Beamtinnen und Beamten** für einen **entsprechenden Druck auf die Landesregierung** sorgen.

Aus diesem Grund kamen am 26. April 2010 Vertreter der Mitgliedsgewerkschaften und –verbände im dbb brandenburg zusammen, um sich auf Maßnahmen gegen die Abschaffung der Sonderzahlung zu verständigen, und gleichzeitig ein weiteres Auseinanderdriften in der Behandlung der Beschäftigungsgruppen zu verhindern.

Beginnen wollen wir unsere Aktionen mit **persönlichen Briefen an die Abgeordneten** des Landtages, worin diese auf das Problem aufmerksam gemacht werden sollen.

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft ruft deshalb alle Betroffenen auf, einen Brief an seinen Abgeordneten (Wahlkreis) zu senden oder diesen persönlich aufzusuchen. Einen Musterbrief und die Liste der jeweiligen Wahlkreisbüros der Abgeordneten stellen wir dafür zur Verfügung.

Der dbb brandenburg und die Deutsche Justiz-Gewerkschaft werden sich weiterhin dafür einsetzen, die geplante Abschaffung der Sonderzahlung zu verhindern.

Über die folgenden Maßnahmen und Aktionen werden wir zeitnah informieren.

„Nur wer nicht kämpft, hat bereits verloren.“